

NEWSINTERNATIONAL

Aktuelle Informationen zu Ländern und Märkten



Blickpunkt

■ AHK World Business Outlook veröffentlicht

Weltwirtschaft

(DIHK) Die dynamische Weltwirtschaft sorgt für gute Geschäfte bei deutschen Unternehmen im Ausland. Ihre aktuelle Situation und ihre Erwartungen beschreibt der vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) vorgestellte "AHK World Business Outlook". An der Befragung durch die Deutschen Auslandshandelskammern (AHKs) beteiligten sich rund 3.000 deutsche Unternehmen, Niederlassungen und Tochtergesellschaften sowie Betriebe mit engem Deutschlandbezug. Ihre Lageeinschätzungen bleiben auf hohem Niveau; die Stabilität ist jedoch risikobehaftet. "Wirtschaftswachstum und Welthandel haben zuletzt wieder Schwung bekommen", fasste DIHK-Präsident Eric Schweitzer die Ergebnisse der Untersuchung gegenüber der Tageszeitung "Die Welt" zusammen. Diese positive Entwicklung ziehe sich auch ins nächste Jahr. "Dennoch wachsen die Bäume nicht in den Himmel", relativierte der DIHK-Präsident. Angesichts des Reports sehe der DIHK "etliche Risiken heraufziehen". So seien deutsche Unternehmen zwar weiterhin in vielen Teilen der Welt überaus erfolgreich – insbesondere in China und Europa. Handelsbarrieren oder aktuelle politische Entwicklungen wie der Brexit schränkten ihre Geschäfte aber immer mehr ein.

"Hinzu kommt die Unsicherheit über die künftigen Wirtschaftsbeziehungen mit unserem größten Exportland USA – gerade vor dem Hintergrund der protektionistischen Äußerungen von US-Präsident Trump", fuhr Schweitzer fort. Und: "In vielen Ländern der zweiten Reihe läuft die Wirtschaft nur auf Sparflamme, da sie durch die Politik ausgebremst wird." Dem AHK World Business Outlook zufolge sieht inzwischen jedes zweite Unternehmen weltweit in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ein Risiko für die eigenen Geschäfte. "Unnötige Bürokratie, Handelsbarrieren oder protektionistische Maßnahmen verhindern ein höheres Wachstum", berichtete Schweitzer. Zudem würden die bereits bestehenden Erfolge wirtschaftlicher Zusammenarbeit infrage gestellt: "Der Brexit wird nach dem jetzigen Stand die Geschäfte deutscher Unternehmen erheblich einschränken. Und auch die Nafta-Neuverhandlungen schüren die Unsicherheit der Unternehmen über die Zukunft des weltweiten Handels." Wichtig sei daher, dass bei EU-Handelsabkommen wie mit Japan und Mercosur rasch eine umfassende Einigung erzielt werde, mahnte der DIHK-Präsident. "Beim bevorstehenden Ministertreffen in Argentinien sollte die Bundesregierung darüber hinaus für eine Stärkung der WTO werben."

■ Außenwirtschaftsstatistiken des DIHK

Handelsdaten

(DIHK) Wer sind die wichtigsten Handelspartner Deutschlands? Wie hat sich der Austausch mit einzelnen Ländern entwickelt? Wie hoch ist der Anteil einzelner Länder am gesamten deutschen Export? Was sind die wichtigsten Auslandsstandorte deutscher Unternehmen? Wie viele Beschäftigte haben sie vor Ort? Wer investiert am meisten in Deutschland?

Antworten auf all diese Fragen finden Sie auf der Homepage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK). Es stehen aktuelle Daten zu den deutschen Exporten, Importen, dem Handelsvolumen und zur Handelsbilanz nach Monaten und Jahren zur Verfügung. Enthalten sind 262 Länder und 13 Ländergruppen. Zudem finden Sie hier auch Daten zu den deutschen Direktinvestitionen im Ausland und den ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland für einzelne Länder und Regionen.

Zu den Statistiken gelangen Sie [hier](#).

■ Unternehmen in China stehen vor wachsenden Hürden

China

(DIHK) Die in China aktiven deutschen Unternehmen bewerten ihre Geschäftstätigkeit vor Ort positiv, halten sich jedoch mit weiteren Investitionen im Reich der Mitte zurück. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) führt dies auf die nach wie vor großen – und zunehmenden – Herausforderungen zurück. Die Deutsche Auslandshandelskammer (AHK) Greater China hatte am 17.11.2017 ihren "Business Confidence Survey 2017/18" veröffentlicht. Die 423 in China engagierten deutschen Betriebe, die sich an der diesjährigen Geschäftsklima-Umfrage beteiligten, beurteilen die aktuelle wirtschaftliche Situation des Landes optimistischer als 2016 – das gilt besonders für den Maschinenbau. Auch für das kommende Jahr rechnen sie mit einer positiven Entwicklung der chinesischen Wirtschaft. Fast zwei Drittel der Umfrageteilnehmer erwarten, ihre Geschäftsziele im laufenden Jahr zu erreichen oder sogar zu übertreffen; 75 Prozent hoffen auch für 2018 auf weitere Umsatzsteigerungen. Mit Blick auf einen Beschäftigungsaufbau und weitere Investitionen bleiben die Unternehmen jedoch zögerlich. Zwar plant rund ein Viertel der Befragten für die nächsten zwei Jahre Neuinvestitionen, doch wollen erstmals mehr als 50 Prozent der Betriebe vorerst nicht an anderen Standorten in China investieren. Zu den Top 10 der Risikofaktoren für die deutschen Betriebe vor Ort zählten Rechtsunsicherheit und der ausgebliebene Fortschritt bei angekündigten Wirtschaftsreformen.

Weitere Informationen und den kompletten "Business Confidence Survey 2017" finden Sie [hier](#).

■ GACC Apprenticeship Award 2017

Duale Ausbildung

(AHK) Im Rahmen der dritten Apprenticeship Week der US-Administration vom 13.-19.11.2017 ist am 15. November der "Apprenticeship Award" der German American Chambers of Commerce (GACC) verliehen worden. Der GACC "Apprenticeship Award" würdigt ein herausragendes Unternehmen für seine Führungsqualitäten und Innovationen in der Personalentwicklung durch die Einführung von Ausbildungsprogrammen nach deutschem Vorbild in den USA. Der Preis ehrt ihre Investitionen in Ausbildung und die Schaffung von nachhaltigen Karrierewegen für zukünftige Generationen. Ausgezeichnet wurde Brose North America, Inc., ein in Michigan ansässiges Unternehmen, das seit 1993 auf dem nordamerikanischen Markt tätig ist. Brose wurde 1908 in Deutschland gegründet und ist heute einer der größten Automobilzulieferer. Brose führte Ausbildungsprogramme im deutschen Stil ein, welche jungen Amerikanern Alternativen zur traditionellen vierjährigen Hochschulausbildung bietet. Kevin O'Brien, der seine Ausbildung als Mechatroniker bei Brose North America in den kommenden Monaten abschließen wird, sagte: "Als ich die High School verließ, war ich mir nicht sicher, ob das College der Weg war, den ich gehen wollte. Das Ausbildungsprogramm bei Brose konnte mir das Beste aus beiden Bereichen – Theorie und Praxis – vermitteln. In meiner beruflichen Laufbahn bin ich bereits weit voraus, im direkten Vergleich zu meinen Freunden, die vier Jahre das College besuchen. "

In den USA besteht ein wachsender Bedarf an qualifizierten Fachkräften. Der US-Industrieverband National Association of Manufacturers (NAM) schätzt, dass landesweit im produzierenden Gewerbe momentan 400.000 Stellen unbesetzt sind und dass diese Zahl bis 2025 bis auf zwei Millionen steigen könnte. In den USA wollen daher immer mehr Unternehmen Fachkräfte selber ausbilden, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Die amerikanische Politik interessiert sich daher sehr für das System der dualen Ausbildung nach deutschem Vorbild. Deutsche Unternehmen in den USA stehen vor der Herausforderung qualifiziert und praxisnah ausgebildetes Personal auf dem Arbeitsmarkt zu finden. Große deutsche Unternehmen bieten bereits seit einigen Jahren auch in ihren Niederlassungen in den USA Ausbildungsgänge nach deutschem Vorbild an. Immer mehr kleine und mittlere Unternehmen folgen diesem Beispiel. Bis dato bieten rund 70 Unternehmen in den USA von den AHKs zertifizierte Programme an. Das Interesse bei weiteren Unternehmen ist groß.

Weitere Informationen dazu finden Sie [hier](#).

Länder/Märkte

■ Am Scheideweg – Wiederholung der Präsidentschaftswahlen in Kenia

Kenia

(DIHK) Am 26. Oktober 2017 wählte Kenia wegen der Annullierung der Wahlen vom August dieses Jahres zum zweiten Mal innerhalb von drei Monaten einen neuen Präsidenten. Nach Angaben der kenianischen Wahlbehörde hat der amtierende Präsident Uhuru Kenyatta die Wiederholungswahl mit rund 98 Prozent der Stimmen für sich entschieden. Durch den vorherigen Rückzug des wichtigsten Kontrahenten Raila Odinga und den Boykott der Wahlen durch dessen Anhänger war die Durchführung der Wiederholungswahl mit einer Wahlbeteiligung von nur knapp 43 Prozent umstritten. Es ist fraglich inwiefern dieses Ergebnis die seit drei Monaten schwelende politische Krise des Landes zu lösen vermag.

Kenia ist mit einem Bruttoinlandsprodukt von 70,5 Mrd. US-Dollar bedeutendste Volkswirtschaft Ostafrikas und weiterhin attraktivster Standort für ausländische Investitionen in der Region. Die Wirtschaft Kenias wuchs in den letzten zehn Jahren mit Raten von durchschnittlich mehr als 5 Prozent. 2016 betrug das Wachstum sogar 5,8 Prozent, für 2017 und 2018 werden 5 Prozent und 5,5 Prozent prognostiziert. Für Deutschland ist Kenia ein strategischer Wirtschaftspartner in Ostafrika. Deutsche Unternehmen erschließen von Nairobi aus zusehends die dynamisch wachsenden Märkte der Nachbarländer, allen voran Äthiopien und Tansania. Kenia ist damit das Tor zur Wachstumsregion Ostafrika.

Zum DIHK International Aktuell: „Am Scheideweg – Wiederholung der Präsidentschaftswahlen in Kenia“ gelangen Sie [hier](#).

■ Eröffnung des German Desk – Financial Support and Solutions in Lagos

Nigeria

(AHK) Die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft hat im Oktober den zweiten German Desk auf afrikanischem Boden in Lagos, Nigeria eröffnet. Nigeria ist die größte Volkswirtschaft und das mit Abstand bevölkerungsreichste Land auf dem afrikanischen Kontinent. Der German Desk ermöglicht es deutschen und lokalen Unternehmen sich direkt vor Ort aus einer Hand über Finanzdienstleistungen und passende Finanzierungslösungen zu informieren. Das DEG-Angebot ergänzt insofern in optimaler Weise das Unterstützungs- und Beratungsangebot der AHK. Gerade für mittelständische Unternehmen und ihre lokalen Kunden ergeben sich damit neue Geschäftsmöglichkeiten.

Der German Desk, so der Delegierte der Deutschen Wirtschaft in Nigeria Dr. Marc Lucassen anlässlich der Eröffnung, „ist ein wichtiger Schritt, die deutsch-nigerianischen Wirtschaftsbeziehungen zu vertiefen und weiterzuentwickeln. DEG und AHK werden bei der Beratung der Unternehmen sehr eng zusammenarbeiten. Dass sich die DEG-Repräsentanz in Lagos seit Jahren unter dem Dach der AHK befindet, begünstigt die Zusammenarbeit natürlich erheblich.“

Der DIHK begrüßt diese Entwicklung. Ilja Nothnagel, Leiter Bereich Außenwirtschaftsförderung (DIHK): „Diese Zusammenarbeit zwischen AHK-Netz und DEG war der nächste logische Schritt hin zu mehr Synergien und Effizienz bei der Unterstützung der deutschen Unternehmen im Ausland in puncto Finanzierungslösungen. Wir freuen uns, dass Afrika dabei im Fokus steht und dass nach Peru im Frühjahr dieses Jahr mit Indonesien auch Standorte außerhalb Afrikas berücksichtigt werden.“

■ In Simbabwe schlummern wertvolle Ressourcen

Simbabwe

(DIHK) Der Putsch gegen seinen Langzeitpräsidenten Robert Mugabe lenkt die internationale Aufmerksamkeit auf Simbabwe – ein Land, das über ein großes wirtschaftliches Potenzial verfügt. Mit einem bilateralen Handelsvolumen von 89,4 Millionen Euro im vergangenen Jahr zählt Simbabwe zu den kleineren Handelspartnern der deutschen Wirtschaft auf dem afrikanischen Kontinent. Die deutschen Exporte in die einstige Kornkammer des südlichen Afrikas hatten sich 2016 auf 27 Millionen Euro belaufen. "Geliefert werden allen voran Kraftfahrzeuge und -teile sowie Maschinen und Anlagen", berichtete DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier. "Simbabwe war bis in die 1990er-Jahre nach der Republik Südafrika zweitwichtigster Handels- und Investitionspartner der deutschen Wirtschaft im südlichen Afrika", fuhr er fort. Doch: "Die andauernde und sich teilweise verschärfende politische Krise machte unternehmerische Aktivitäten zunehmend unattraktiv." Ungeachtet dessen sei das wirtschaftliche Potenzial Simbawwes "weiterhin hoch", betonte der DIHK-Außenwirtschaftschef. "Insbesondere in der Landwirtschaft und im Bergbau verfügt das Land über wertvolle Ressourcen." So befänden sich beispielsweise mehr als die Hälfte aller weltweit bekannten Platinvorkommen in Simbabwe, zudem verfüge das Land über bedeutende Vorkommen an Chrom, Diamanten und Gold. "Für die Herstellung einer Vielzahl industrieller Produkte liegen hier also unverzichtbare Rohstoffe", gab Treier zu bedenken.

■ Modernisierung könnte Zukunftschancen eröffnen

Saudi-Arabien

(DIHK) Dass die deutsche Wirtschaft mit ihren Produkten die Diversifizierung der saudischen Ökonomie unterstützen kann, hofft Volker Treier, Außenwirtschaftschef des Deutschen Industrie- und Handelskammertages. "Die aktuellen Entwicklungen in Saudi-Arabien betrachtet die deutsche Wirtschaft sehr aufmerksam", berichtete Treier im Gespräch mit der Nachrichtenagentur Reuters. Saudi-Arabien befinde sich in einer Phase politischen Umbruchs und einer avisierten Modernisierung des Landes. Dies alles finde zu einer Zeit regionalpolitischer Spannungen und eines für das Land niedrigen Ölpreises statt, gab der DIHK-Außenwirtschaftschef zu bedenken. "Der Rohstoff generiert mehr als 70 Prozent der Staatseinnahmen." Dies habe Auswirkungen auf die Wirtschaft, sagte er. "Deutsche Exporte nach Saudi-Arabien sind im Jahr 2016 um ein Viertel (26 Prozent) und in den ersten acht Monaten dieses Jahres nochmals um 10 Prozent eingebrochen." Immerhin deute sich seit zwei Monaten ein Aufwärtstrend an. "Auch die Konjunktur könnte sich in den nächsten Monaten wieder etwas beleben." Treier verwies zudem auf das große ökonomische und gesellschaftliche Reform- und Diversifizierungsprogramm, das die saudische Regierung unter dem Slogan "Vision 2030" aufgelegt hat. Ein wichtiger Bestandteil der Strategie sei auch die Sonderentwicklungszone Neom-City.

■ "Mit hoher Geschwindigkeit in den Nebel"

Spanien/Katalonien

(DIHK) Was bedeutet der Katalonien-Konflikt für die deutsche und die europäische Wirtschaft? Eine Einschätzung der Lage gab Ilja Nothnagel, Außenwirtschaftsexperte des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), am 27.10.2017 dem Fernsehsender phoenix. Der durch die Katalonien-Krise angerichtete Schaden liege bislang vor allem in der Unsicherheit, die bei den Unternehmen entstanden sei, sagte Nothnagel beim phoenix-"Tagesgespräch". Deutsche wie einheimische Betriebe legten ihre Investitionen auf Eis. "Es ist momentan ein bisschen so, als ob man mit hoher Geschwindigkeit in den Nebel hineinfährt", beschrieb er die Situation. Die Frage, wie es weitergehe, müsse jeden Tag neu gestellt werden.

Die Diskussion sei derzeit "sehr, sehr hitzig", bedauerte der DIHK-Außenwirtschaftsexperte. Dabei müssten die langfristigen Folgen bedacht werden. Sollte es zum Bruch zwischen Spanien und Katalonien kommen, kämen auf die Unternehmen hohe Aufwände zu, so Nothnagel, und über die Zölle würden letztendlich die Produkte teurer. Zur Versachlichung der Diskussion sei es wichtig, "die Bedeutung der Wirt-

schaft in diesem Prozess zu unterstreichen", betonte Nothnagel. "Warum sind die Unternehmen in Katalonien? Wie wichtig ist Katalonien als Hub für die Geschäfte auf der iberischen Halbinsel – inklusive Portugal?" Es gelte, zu zeigen, "dass auch wirtschaftlich viel auf dem Spiel steht". Immerhin 40 Prozent der 1.300 deutschen Unternehmen in Spanien seien in Katalonien aktiv. Für sie sei es wichtig, dass der Konflikt schnell gelöst werde und dass die Unsicherheit ein Ende habe, betonte Nothnagel. Wenn Katalonien aus der EU herausfalle, "werden sich deutsche Unternehmen sehr gut überlegen, ob sie in Katalonien noch Geschäfte betreiben". Der Außenwirtschaftsexperte erinnerte daran, dass schon viele Betriebe Katalonien den Rücken gekehrt haben.

Im Falle einer Unabhängigkeit Kataloniens würde sich die Frage stellen, mit wem die Region wie Handel treiben wolle. Das Nicht-EU-Mitglied Schweiz ließ Nothnagel fürs Erste nicht als Vorbild gelten; schließlich unterhielten die Eidgenossen Dutzende von internationalen Verträgen. "So etwas muss ja entwickelt werden – das geht nicht von heute auf morgen." Zudem wäre das restliche Spanien ja noch Teil der EU, was die Verhandlungen deutlich erschweren würde, gab der DIHK-Außenwirtschaftsexperte zu bedenken. Ein Austritt würde "sicherlich auch nicht den Euro unberührt lassen", so seine Einschätzung, doch sei die generelle wirtschaftliche Entwicklung in Europa "sehr gut". Es könne vielleicht eine Auswirkung auf den Euro geben, "aber die wird sicher nicht signifikant sein".

■ Sechste Brexit-Verhandlungsrunde fand statt

Vereinigtes Königreich

(DIHK) Am 9. und 10. November fand die sechste Brexit-Verhandlungsrunde statt. Für David Davis und EU-Chefunterhändler Michel Barnier ist dies die erste Gelegenheit nach dem vergangenen EU-Ratsgipfel Ende Oktober über die noch offenen Punkte der ersten Phase zu verhandeln. Dort wurde kein ausreichender Fortschritt für den Beginn der zweiten Verhandlungsphase festgestellt. Dennoch haben die EU27-Staaten vereinbart, sich intern zur zweiten Phase bezüglich der künftigen Beziehungen zum Vereinigten Königreich zu beraten. Ziel ist es, beim nächsten EU-Ratsgipfel am 14. und 15. Dezember die zweite Phase der Verhandlungen einzuleiten.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Außenwirtschaftsförderung

■ IHK-Präsident Wolfgang Grenke in den Vorstand von Eurochambres gewählt

Eurochambres

(IHK) Wolfgang Grenke, Vorstandsvorsitzender der Grenke AG, Präsident des Baden-Württembergischen IHK-Tags sowie der IHK Karlsruhe, wird künftig als Vize-Präsident beim europäischen Kammerdachverband Eurochambres die Interessen der deutschen und europäischen Wirtschaft vertreten. Der neue Vorstand wurde am Freitag, 27. Oktober 2017, in Brüssel in sein Amt gewählt und nimmt seine Tätigkeit Anfang 2018 auf. Eine Personalie, die auch für den DIHK von großer Bedeutung ist. „Eurochambres ist für uns der europäische Absender für die Anliegen der deutschen Wirtschaft bei der Europäischen Union“, sagte DIHK-Präsident Eric Schweitzer.

Mit Wolfgang Grenke rückt ein Unternehmer an die Spitze von Eurochambres, der Ende der 70er Jahre am heimischen Computer mit dem Small Ticket Leasing begonnen hat und heute mit Leasing, Factoring und Bankwesen kontinuierliche Wachstumsraten liefert. Das familien- und inhabergeführte 3-Sparten-Unternehmen ist mittlerweile in mehr als 30 Ländern weltweit aktiv. Für Grenke die beste Antwort auf die Frage, warum ihm Europa wichtig ist. „Ich bin fest davon überzeugt, dass wir in einem geeinten, friedvollen Europa nur dann in eine gute Zukunft blicken, wenn wir weiterhin mit unseren Partnern diese Geschäftsbeziehungen pflegen können. Jetzt, da wir in einer Zeit leben, in der EU-Austritte und Grenzkontrollen wieder zu den Alltagsgesprächen zählen, erwarte ich schon, dass ich durch Eurochambres einen Beitrag dazu leisten kann, ein partnerschaftliches Europa zu festigen.“

■ Europäisches Parlament stimmt für Freihandelsverhandlungen mit Australien und Neuseeland

EU-Handelsabkommen

(DIHK) Die EU-Kommission hatte am 13. September die EU-Verhandlungsmandate für Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland veröffentlicht. Das Europäische Parlament stimmte am 26. Oktober beiden Verhandlungen zu, unter der Bedingung, dass sensible Produkte wie Fleisch, Milchprodukte, Zucker oder Getreide außen vor bleiben. Eine Mandatserteilung des Rats wird für November 2017 und der Verhandlungsstart für Anfang 2018 erwartet.

■ 70 Jahre GATT

Welthandel

(DIHK) Am 30. Oktober 1947 unterzeichneten 23 Nationen das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) und legten damit den

Grundstein für das aktuelle multilaterale Welthandelssystem, welches sich seit 1995 im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) stetig weiterentwickelt. Aber ihre Zukunft erscheint derzeit unsicher wie nie.

Globale Wertschöpfungsketten sind heute Alltag und erfordern globale Regeln und Lösungen, welche nun von einigen WTO-Mitgliedern in Frage gestellt werden. Die USA haben beispielsweise angekündigt, künftig in erster Linie bilaterale Abkommen verhandeln zu wollen. Streit unter den WTO-Mitgliedern behindert die Arbeit der Streitschlichtung in der WTO – eine ihrer wichtigsten Säulen und Errungenschaften. So wird die Nachbesetzung von Richterstellen derzeit seitens der USA ausgebremst.

Nach Auffassung des DIHK sollte die EU gerade jetzt bei der Frage offener Märkte und globaler Regeln mit starken Partnern vorangehen und die Zukunft der WTO gestalten. Hierfür sollte sie proaktiv ehrgeizige Koalitionen schmieden, um in drängenden Fragen wie digitalem Handel, Mittelstand und Investitionen voranzukommen. Kurz vor der 11. WTO-Ministerkonferenz Mitte Dezember in Buenos Aires fällt die Bilanz ernüchternd aus: Während Wertschöpfungsketten immer globaler werden, wodurch die Notwendigkeit eines weltweiten Regelwerkes für den Handel zunimmt, bleibt ein Durchbruch in der WTO-Verhandlungsrunde (Doha-Runde) nach wie vor aus. Ziel der Konferenz muss daher sein, die WTO funktionsfähiger und stärker zu machen – durch eine gemeinsame Vision der WTO-Mitglieder und flexiblere Verhandlungsansätze. Die EU hat in die laufenden WTO-Verhandlungen einen Vorschlag von DIHK und Eurochambres zur besseren Inklusion von KMUs in globale Wertschöpfungsketten eingebracht. Dabei geht es vor allem um verbesserte Transparenzpflichten. Eine Einigung hierzu in Buenos Aires wäre ein wichtiger Erfolg auch für die deutsche Wirtschaft. Die Mitglieder der WTO betonen beständig, dass multilaterale Abkommen die besten und fairsten Lösungen für alle bieten. Jetzt müssen sie Ernst machen, denn auch die außenwirtschaftlichen Erfolge der deutschen Wirtschaft sind bei weitem kein Selbstläufer.

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

- **EuGH: Vorlage von Handelsrechnungen für firmenspezifischen Antidumpingzollsatz auch nach Zollanmeldung möglich**

Antidumping

(DIHK) Am 12. Oktober 2017 entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass die Einreichung einer gültigen Handelsrechnung zur Inanspruchnahme eines firmenspezifischen Antidumpingzollsatzes auch

nach der Einfuhranmeldung genügen kann. Die bisherige Rechtsauffassung der deutschen Hauptzollämter steht damit im Widerspruch zum Urteil (Rechtssache C-156/16). Der Import von Waren, die Antidumpingmaßnahmen unterliegen, umfasst für Unternehmen die Möglichkeit, einen firmenspezifischen Antidumpingzollsatz zu nutzen. Dieser Zolltarif ist in der Regel günstiger als der alternativ geltende allgemeine Antidumpingzollsatz. Die Inanspruchnahme des spezifischen Zolltarifs setzt allerdings meist voraus, dass eine gültige Handelsrechnung mit besonderer Erklärung des Herstellers vorgelegt werden kann.

Zur Frage des letztmöglichen Zeitpunktes der Vorlage einer solchen Handelsrechnung urteilte der EuGH am 12. Oktober 2017, dass die Einfuhranmeldung der Ware die mögliche Rechnungsvorlage nicht zwangsläufig ausschließt. Vielmehr kann eine entsprechende Handelsrechnung über den Zeitpunkt der Anmeldungsannahme hinaus nachgereicht werden, sofern die bezügliche Antidumpingzollverordnung dazu nicht einen abweichenden Zeitpunkt bestimmt. Um die allgemeinen Antidumpingzollsätze zu vermeiden, müssen darüber hinaus alle anderen Voraussetzungen zur Erlangung eines unternehmensspezifischen Antidumpingzollsatzes erfüllt sein (u. a. Nachweis der unternehmensspezifischen Warenherstellung, Rechnungsanforderungen aus der konkreten Antidumpingverordnung).

Das bezügliche Urteil des EuGH finden Sie [hier](#).

■ Antidumping-Grundverordnung: EU-Parlament beschließt neue Berechnungsmethode

Antidumping-Regeln

(DIHK) Am 15. November 2017 hat das Europäische Parlament neue Antidumping-Regeln beschlossen. Die Reform der Antidumping-Grundverordnung (VO (EU) 2016/1036) ist damit fast abgeschlossen. U.a. sollen Sozial- und Umweltstandards in die Feststellung relevanter Marktverzerrungen im Ausfuhrland einfließen. Die beschlossenen Veränderungen der Antidumping-Regeln treten voraussichtlich Ende Dezember 2017 in Kraft. Im Trilogverfahren zur Reform der europäischen Antidumping-Grundverordnung hat sich das Europäische Parlament am 15. November 2017 auf eine finale Fassung geeinigt. Die Antidumping-Grundverordnung ist die Basis für die Einführung, Berechnung und Erhebung von Antidumping-Zöllen.

Die Neufassung der Verordnung sieht vor, im Rahmen von Dumping-Berechnungsmethoden gegenüber Drittstaaten die Differenzierung nach dem Kriterium des Marktwirtschaftsstatus aufzuheben und somit eine länderneutrale Methodik zu schaffen. Sollten die üblichen Produktionskosten und der Verkaufspreis der Ware auf dem Binnenmarkt des Ausfuhrlandes nicht den Kräften des freien Marktes entspringen,

da im Ausfuhrland signifikante Marktverzerrungen vorliegen, soll zukünftig ein Drittland als Vergleichswert zur Dumpingbestimmung dienen. In die Feststellung signifikanter Marktverzerrungen im Ausfuhrland sollen u.a. die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards einfließen.

Daneben umfasst die reformierte Verordnung auch die Beauftragung der EU-Kommission, Marktverzerrungsberichte zu Ausfuhrländern zu erstellen sowie regelmäßig zu aktualisieren. Die EU-Kommission soll dementsprechend handeln, wenn hinreichende Anhaltspunkte das Vorliegen signifikanter Marktverzerrungen im Ausfuhrland indizieren. Auch soll die EU-Kommission Leitlinien zur Bestimmung von Marktverzerrungen entwickeln. Unternehmen sollen die entwickelten Marktberichte einsehen und kommentieren können. Durch die inhaltliche Verbindlichkeit der Marktberichte werden Unternehmen von zusätzlichen Beweislasten bei der Einreichung von Beschwerden freigehalten. KMUs soll bei der Anwendung der neuen Berechnungsmethoden ferner eine Hilfestellung geboten werden.

Im nächsten Schritt des Reformprozesses muss noch der Europäische Rat die reformierte Verordnung formell billigen. Mit einem Inkrafttreten der Neufassung der Antidumping-Grundverordnung ist Ende Dezember 2017 zu rechnen.

■ EG-Dual-use-Verordnung: Aktualisierung der Anhänge

Dual-use-Güter

(DIHK) Die EU-Kommission hatte am 26. September 2017 eine Aktualisierung der Anhänge der EG-Dual-use-Verordnung (EG Nr. 428/2009) beschlossen. Das Inkrafttreten der Änderungen im Zuge einer Verordnung ist für Ende November 2017 zu erwarten. Die Europäische Kommission formuliert mit einer Delegierten Verordnung u. a. den Anhang I der EG-Dual-use-Verordnung neu. Dieser Anhang bestimmt eine innerhalb der EU einheitliche "Dual-use-Güterliste". Für erfasste Güter besteht bei Exporten aus dem Unionsgebiet eine Genehmigungspflicht. Die beschlossenen Änderungen könnten noch im November 2017 in Kraft treten. Die Aktualisierung der Anhänge folgt aus internationalen Vereinbarungen der Exportkontrollregime (Anhang I) und dem Ziel der sprachlichen Umgestaltung zu einigen Listennummern. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) stellt auf seiner Website einen vorläufigen unverbindlichen Änderungsüberblick zur Verfügung. Dazu dient eine Tabelle der sich ändernden Listennummern. Auch eine deutsche sowie eine englische Vorab-Sprachfassung der Aktualisierung sind dort verlinkt. Der DIHK wird die IHKS über das Inkrafttreten der Änderungen informieren.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

■ China hebt Einfuhrbeschränkung für europäischen Käse auf

Importbeschränkungen

(DIHK) Gemäß Mitteilung der Europäischen Kommission vom 23. Oktober 2017 hat China seine Importbeschränkungen für Schimmel- und Weichkäse aus Europa aufgehoben. Betroffen von der Aufhebung sind u. a. die Käsesorten Roquefort, Danish Blue (dänischer Blauschimmelkäse), Gorgonzola oder Stilton.

Das bisherige Einfuhrverbot für europäischen Weich- und Schimmelkäse in China bestand erst seit September 2017. Zur offiziellen Begründung des bisherigen Importverbots wurde der Bakteriengehalt der Käsewaren angegeben. Eine Delegation der EU-Kommission sowie die französische Botschaft schlugen neben der Aufhebung, die Einrichtung eines technischen Seminars gemeinsam mit chinesischen Behördenvertretern vor, um gemeinsame Käsestandards zu definieren.

Die entsprechende Mitteilung der europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Veranstaltungen

■ Start-up Helsinki NRW, 28.11.-02.12.17 in Finnland

Finnland

(AHK) Finnland – und besonders seine Hauptstadt Helsinki – gehört zu den internationalen Top-Standorten für Start-ups aus der ganzen Welt. Das Land weist die höchste Business Angel-Dichte der Welt aus und tätigt europaweit die prozentual höchsten Ausgaben für Forschung und Entwicklung.

In den letzten Jahren hat sich vor Ort ein ausgezeichnetes Start-up-Ökosystem entwickelt, das spätestens durch die Slush-Konferenz auch internationale Strahlkraft erlangt hat. Das größte Start-up-Event Europas vereinte letztes Jahr etwa 17.500 Besucher aus der ganzen Welt. Internationale Top-Speaker und alle bedeutenden Venture Capital Fonds geben sich hier die Klinke in die Hand.

Vom 28. November bis 2. Dezember 2017 organisiert NRW.International in Zusammenarbeit mit der Deutsch-Finnischen Handelskammer eine Reise für Start-ups aus dem Hightech- und IT-Bereich in die finnische Hauptstadt.

Weitere Informationen und Anmeldung [hier](#).

■ **8th Arab-German Energy Forum | 28. bis 29. November 2017 im Hotel Adlon Kempinski in Berlin**

Arabische Länder

(DIHK) Um die aussichtsreiche Zusammenarbeit zwischen deutschen und arabischen Geschäftspartnern im Energiebereich zu fördern und weiter voranzubringen, veranstaltet die Ghorfa Arab-German Chamber of Commerce and Industry in Kooperation mit deutschen und arabischen Partnern das 8th Arab-German Energy Forum in Berlin.

Die Veranstaltung steht unter der Schirmherrschaft der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, Frau Brigitte Zypries, die auch während der Eröffnung sprechen wird. Hochkarätige Sprecher und Teilnehmer aus fast allen arabischen Ländern haben sich bereits angemeldet. Das exklusive Forum bietet einen hervorragenden Rahmen, um sich mit mehr als 300 Energieexperten aus Wirtschaft, Politik, Diplomatie und Wissenschaft über Kooperationsmöglichkeiten im Energiebereich auszutauschen und Geschäfte anzubahnen und auszubauen.

Weitere Informationen und zur Anmeldungen [hier](#).

■ **Wie geht es weiter beim Brexit? – Veranstaltung am 29.11.2017 im DIHK**

Vereinigtes Königreich

(DIHK) BDI und DIHK konnten den Brexit-Chefunterhändler der EU, Michel Barnier, für eine Veranstaltung im Haus der Deutschen Wirtschaft gewinnen. Herr Barnier wird über den Verhandlungsstand informieren und auch für Fragen aus dem Kreis der Veranstaltungsteilnehmer zur Verfügung stehen.

Angesichts der geringen Fortschritte in den Verhandlungen und den damit einhergehenden unternehmerischen Unsicherheiten besteht in dieser Veranstaltung Gelegenheit, sich über den Fortgang der Brexit-Verhandlungen aus erster Hand zu informieren und über Aspekte der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der EU27 und dem Vereinigten Königreich in der Zukunft zu diskutieren. Die Veranstaltung findet am Mittwoch, den 29. November 2017, von 11:00 bis 12:30 Uhr im Haus der Deutschen Wirtschaft mit Simultanübersetzung statt.

Zur Anmeldung gelangen Sie [hier](#).

■ Deutschland auf Slush 2017 vertreten, 30.11.2017 in Finnland

Finnland

(AHK) Ende November bringt Slush, Europas größtes Start-up-Event, 17.500 Teilnehmer, 2.300 Start-ups und 1.100 Investoren in die finnische Hauptstadt. Am ersten Tag der Slush organisiert die Deutsch-Finnische Handelskammer gemeinsam mit Partnern mehrere Veranstaltungen zum Thema Deutschland und seine Start-up-Hubs, "German Startup Pitches" und "Get Started in Germany". Auf dem Programm stehen ein kurzer Überblick über die deutschen Start-up-Standorte, Vorstellungen der Partner und junger Wachstumsunternehmen sowie natürlich Netzwerken.

Weitere Informationen [hier](#).

■ Präsentation der Geschäftsklimaumfrage 2017 der Deutschen Handelskammer China in Berlin am 30.11.2017 und in Potsdam am 01.12.2017

China

(DIHK) Am 30. November 2017 präsentieren die Delegierten der Deutschen Wirtschaft in Peking und Shanghai die aktuelle Geschäftsklimaumfrage der Deutschen Handelskammer in China für 2017 in Berlin. Daran schließt sich eine Diskussion über Chancen und Herausforderungen im chinesischen Markt mit Vertretern des Deutschen Bundestags an. Am 1. Dezember 2017 wird die Delegierte der Deutschen Wirtschaft in Shanghai Simone Pohl die Ergebnisse außerdem in der IHK Potsdam mit Unternehmensvertretern diskutieren.

Seit 2016 ist China der wichtigste Handelspartner Deutschlands. Rund 5.200 deutsche Unternehmen sind vor Ort aktiv. Der Investitionsbestand ist mit über 70 Milliarden Euro so hoch wie nie. Gleichzeitig nehmen Neuinvestitionen ab und die Unsicherheit über die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen wächst.

Die AHK-Standorte in China führen jährlich eine Befragung durch, um die Einschätzungen und Erwartungen der deutschen Unternehmen in China zur Geschäftsentwicklung, Herausforderungen und Chancen im chinesischen Markt zu erfassen und zu analysieren. Am 30. November 2017 von 12:00 bis 14:00 Uhr sind die Delegierten der Deutschen Wirtschaft in Peking und Shanghai, Alexandra Voss und Simone Pohl in Berlin Mitte, Raum Nikolaiviertel, Fischerinsel 12, 10179 Berlin zu Gast. Die Abgeordnete des Deutschen Bundestags und bisherige Vorsitzende der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe, Dagmar Schmidt, wird die Veranstaltung gemeinsam mit dem DIHK leiten. Im Anschluss an die Präsentation der Umfrageergebnisse ist bei einem Imbiss Zeit für Diskussion und Fragen.

Ansprechpartner für die Veranstaltung am 30.11.2017 ist Ulrike Buchholz, Assistentin (DIHK), E-Mail: buchholz.ulrike@dihk.de, Tel.: 030 20 30 8 2307. Anmeldeschluss ist der 23.11.2017.

Weitere Informationen für die Veranstaltung am 01.12.2017 in Potsdam finden Sie [hier](#).

■ Webinar „Das italienische Entsendegesetz – Ein Jahr später“, 13.12.2017

Italien

(AHK) Das italienische Entsendegesetz, das die EU-Richtlinie Nr. 2014/67 umgesetzt hat, hat in diesem Jahr für große Unruhe gesorgt, da dessen Anwendungsbereich sehr weit auszulegen ist. Allerdings haben die italienischen Behörden in den letzten Monaten einige Sachverhalte geklärt, u.a. ob die Teilnahme an Messen als Aussteller oder Besucher als „Entsendung“ i.S.d. italienischen Entsendegesetzes anzumelden ist. Anders als in anderen EU-Ländern, wie z.B. Frankreich, muss die Entsendung von deutschen Arbeitnehmern, die an einer Messe in Italien als Aussteller oder als Besucher teilnehmen, nicht im Internetportal des italienischen Arbeitsministeriums gemeldet werden. Sollte hingegen das deutsche Unternehmen einen Messestand in Italien im Auftrag eines italienischen Unternehmens montieren, würde das Entsendegesetz vollumfänglich Anwendung finden.

Das Thema des Anwendungsbereiches dieses Gesetzes sowie einige Praxistipps werden Fokus des Webinars „Das italienische Entsendegesetz – Ein Jahr später“ sein, welches am 13.12.2017 von 9:00 bis 9:45 Uhr stattfinden wird.

Interessierte Unternehmen können sich gerne an die AHK Italien wenden. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

■ Finnisch-hessische Zusammenarbeit zum Thema „Digital Business Innovation“, 07.02.2018 in Offenbach

Industrie 4.0

(AHK) Das Finnisch-hessische Unternehmerforum am 7. Februar 2018 in Offenbach steht unter dem Motto "Digital Business Innovation". Die Fachveranstaltung präsentiert Projekte aus Finnland und Hessen im Bereich der Industrie 4.0 und bietet eine Plattform zum Netzwerken. Die Veranstaltung findet in englischer Sprache statt.

Weitere Informationen [hier](#).

■ **Russland-Konferenz „Neues Wachstum, neue Chancen? Made in Russia für die Weltwirtschaft“ am 1. März 2018 in Berlin**

Russland

(DIHK) Am 1. März 2018 findet die nächste Russland-Konferenz „Neues Wachstum, neue Chancen? Made in Russia für die Weltwirtschaft“ im DIHK in Berlin statt. Zur Konferenz vom DIHK und der AHK Russland am 01. März 2018 werden bis zu 500 Gäste erwartet. Der Konferenzbeginn ist 10.00 Uhr (Registrierung ab 09.00 Uhr). Neben Grußworten und Keynotes hochkarätiger Sprecher aus Politik und Wirtschaft erwarten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mehrere Panels, die u.a. Russlands Rolle in der globalen Wertschöpfung beleuchten. Abgerundet wird der Tag mit einem Empfang ab 17.30 Uhr. Die Konferenz sowie der Abendempfang finden im Haus der Deutschen Wirtschaft (Breite Straße 29, 10178 Berlin) statt.

Weitere Informationen zum Programm sowie zur Anmeldemöglichkeit folgen in Kürze auf www.dihk.de.

■ **Außenwirtschaft im Umbruch – 12. Deutscher Außenwirtschaftstag am 12. April 2018 in Bremen**

Außenwirtschaftstag Bremen

(IHK) Wohin steuert Europa? Welche Auswirkungen hat die Zunahme des Protektionismus auf die Handelspolitik? Der 12. Deutsche Außenwirtschaftstag stellt die aktuellen Veränderungen in der Welt und die Konsequenzen für die Außenwirtschaft in den Mittelpunkt der eintägigen Veranstaltung. Am Donnerstag, 19. April 2018, 10 Uhr findet der Deutsche Außenwirtschaftstag in Bremen statt. Unter der Schirmherrschaft des Bundeswirtschaftsministeriums treffen sich rund 400 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Die Handelskammer Bremen – IHK für Bremen und Bremerhaven organisiert den Tag gemeinsam mit Vertretern der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft und dem Senat der Freien Hansestadt Bremen. Die Online-Plattform für Anmeldungen ist ab sofort unter www.aussenwirtschaftstag.de freigeschaltet. Dort finden Interessierte auch das Programm sowie Informationen zur Tagung.

Zur Eröffnung spricht der Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA), Dr. Holger Bingmann, sowie Martin Günthner, Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen der Freien Hansestadt Bremen. Das Leitforum im Anschluss bestreiten Karl Brauner, stellvertretender Generaldirektor der World Trade Organisation (WTO), und Prof. Marcel Fratzscher, Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung e.V. in Berlin. Vier Kaminesgespräche bieten daran anschließend

die Gelegenheit, die Themen Nachhaltigkeit, Digitalisierung, Zukunft Europas und Protektionismus zu vertiefen. Festredner der Abendveranstaltung ist Blogger und Journalist Sascha Lobo.

Publikationen

■ China-Telegramm

China

(IHK) Das China-Telegramm ist eine gemeinsame Publikation der IHK Köln und der Deutsch-Chinesischen Wirtschaftsvereinigung e. V. in Zusammenarbeit mit den deutschen Industrie- und Handelskammern. Es erscheint alle zwei Monate und enthält aktuelle Informationen rund um das China-Geschäft sowie Veranstaltungshinweise.

Sie finden das aktuelle China-Telegramm [hier](#).

Dies könnte Sie auch interessieren:

Brexit-Newsletter

<https://www.dihk.de/themenfelder/international/europaeische-union/brexit/newsletter>

Trade-Newsletter

<https://www.dihk.de/themenfelder/international/info/trade-news>